

Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 15

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis 5 Mark pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 23,
Klaus-Broth-Str. 1, Fernr.: Nordstr. 8246.

Hamburg, den 9. April 1921

Anzeigen kosten die sechsgepaßte Non-
pareilleseite oder deren Raum 2 Mark
(Der Betrag ist stets vorher einzuschicken.)
Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

35. Jahrg.

An die Mitglieder unseres Verbandes.

Schwer lasten die furchtbaren Folgen des Krieges auf den Schultern der Arbeiterschaft. Die maßlose Verteuerung aller Lebensbedürfnisse — am besten der allernotwendigsten —, die weitere Steigerung der Steuerlasten, der Steuerlasten unter vielen andern Unkosten des täglichen Lebens mehr wirken die Länge dieses anormalen Zustandes immer unerträglich. Die trotz bedeutenden Umlanges noch zunehmende Arbeitslosigkeit stößt viele freudige Kollegen in bitterste Not, während zahllose Schieber und Heher neben andern reichen Nichtstuern in Haus und Braus dahinleben. Selber stärkt die parteipolitische Zerrissenheit der Arbeiterschaft die Kräfte, die die völlige Einstufigkeit der Beschäftigten wieder aufrichten und alle Folgen der Revolution beseitigen wollen. Der Sozialismus wird energischer verstanden geleistet, während das alte kapitalistische System tagtäglich beweist, es auf lange hinaus unfähig ist, unser Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, die unerhörte Wohnungsnot zu beseitigen und die breiten Schichten des Volkes vor dem schlimmsten Elend zu bewahren. So greifen Not und Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung immer mehr um sich und verurteilen die Seele unseres Volkes frühzeitig zu körperlichem und geistigem Verfall. In dieser schweren Zeit sind die Gewerkschaften der Fels, an dem alle die Arbeiterschaft umtobenden Fluten zerbrechen müßten, wenn es gelänge, ihnen die Arbeiterschaft restlos zuzuführen und sie unbesümmert um politische und religiöse Meinungsverschiedenheiten, zu gemeinsamer Tätigkeit, zur Beseitigung und Linderung der wirtschaftlichen Notstände und zur Befreiung von jeder Rechtlosigkeit zu vereinigen. Darum muß der politische Parteistreit von fern gehalten werden. Dadurch wird nicht nur jedes Gewerkschaftsmitglied freie Meinung in politischen Fragen, sondern die in jahrzehntelangem Mühen errichtete und vielseitig ausgearbeitete wirtschaftliche Organisation unserer Kollegenschaft vor der Außerachtlichmachung bewahrt. Der handelt unverantwortlich und schädigt die Interessen der Arbeiterklasse aufs schwerste, der verlangt, daß sich unsere politische Selbstständigkeit bisher mit Recht so stolzen Gewerkschaften der Befreiung einer politischen Partei unterordnen sollen.

Die Wahrnehmung der Interessen der gesamten Arbeiterklasse gegen das kapitalistische System muß wie seither auch weiter unsere Aufgabe sein, wobei je nach der gerade vorliegenden Situation zu entscheiden ist, welche taktischen Maßnahmen bei geringsten Opfern den größtmöglichen Erfolg verhelfen.

Sollen unsere Gewerkschaften ihrer Aufgaben voll und ganz genügen und nicht auf die ihnen innewohnenden Kräfte, ihre Pflicht erfüllen, also Kampforganisationen im wahren Sinne dieses Wortes sein, so müssen sie ihren Mitgliedern aber auch in jeder Lebenslage Schutz und Unterstützung gewähren. So werden sie die in ihnen organisierten Arbeiter zu größten Opfern machen.

Auch unser Verband ist in dieser Weise andauernd tätig gewesen und hat unter anderm allein aus der Hauptkasse in den letzten 10 Jahren ausgeben für:

Streik- und Mahregelungsunterstützung	3 381 658 M.
Arbeitslosenunterstützung	377 512 „
Krankenunterstützung	2 287 142 „
Sterbeunterstützung	224 865 „
Familien der Kriegsteilnehmer 1914 bis 1919	270 612 „

Diese Leistungen haben unsere Verbekraft sehr begünstigt, während die Gegenorganisationen, die da glaubten, ohne soziale Unterstützungskleistungen und ohne die so gepflegte praktische Solidarität größere Erfolge zu haben, stets elend zugrunde gegangen sind.

Unsere Mitgliederzahl ist gestiegen von 44 842 im Jahre 1913, nach der großen Aussperrung im Malergewerbe, auf 54 278 Ende 1920, obwohl sie wegen der schlimmen Wirkungen des Krieges ganz besonders auf das Malergewerbe im Jahr 1917 bis auf 7229 zurückgeworfen wurde.

Unser verhältnismäßig günstiger Mitgliederstand stärkt aber auch unsere finanzielle Leistungsfähigkeit und unsere Kampfkraft im hohem Maße. So steigerten wir nicht nur unsere Einnahmen und Ausgaben im letzten Jahre ganz erheblich, sondern wir erhöhten das Vermögen des Verbandes von 1919 bis 1920 von 1 669 332 M. auf 2 500 845 M.

Aber dabei konnten wir nicht stehenbleiben. Die Entwertung des Geldes und die deshalb im Verhältnis zu den bestehenden Preisen für den Lebensunterhalt nicht mehr ausreichenden Unterstützungssätze zwangen uns zu einer Reform unserer Verbandsbeiträge und zu einer damit verbundenen Erhöhung aller Unterstützungssätze, was die Mitglieder in den letzten Wochen mit großer Mehrheit zustimmten.

So werden vom 18. April an gezahlt: Streikunterstützung für lebige Kollegen statt 48 M. im Höchstfalle nunmehr bis 84 M. wöchentlich; für verheiratete Mitglieder statt bisher 60 M. von nun an 108 M., ohne Zuschläge beim Vorhandensein von Kindern.

Erwerbslosenunterstützung (Arbeitslosen- und Krankenunterstützung) wird gezahlt statt bisher im Höchstfalle 300 M. nunmehr bis zu 480 M. in einer Unterstützungsperiode. Und die Sterbeunterstützung ist erhöht worden von 160 M. auf 240 M. im Höchstfalle beim Todesfalle eines Ehegatten und von 20 M. auf 30 M. beim Sterbefalle jedes Kindes.

Die Haupttätigkeit aber entwickelte unser Verband stets auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen. Zahllos waren im Jahre 1920 die Lohnbewegungen, Lohnverhandlungen, die Streiks usw., die wir selbständig führten oder an denen wir in Mitleidenschaft gezogen waren.

Wir führten durch — soweit sich dies ziffernmäßig feststellen ließ — allein im Malergewerbe 480 Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen, 99 Angriffstreiks und 12 Abwehrstreiks, zusammen 591 Lohnbewegungen an 1481 Orten mit 21 528 Betrieben, in denen 58 998 Kollegen beschäftigt waren.

Dadurch wurde erreicht für 54 878 Kollegen eine Erhöhung des Wochenverdienstes um 7 395 815 M., neben andern Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse mehr.

Fünffmal wurde in Berlin für alle namhaften Städte und Orte zentral mit Erfolg verhandelt und hierdurch auch die Löhne in den abseits stehenden Bezirken und Orten vorwärtsgetrieben.

Zahlreich waren die Bewegungen in der Industrie, an denen unsere dort beschäftigten Kollegen als Maler, Lackierer oder Anstreicher, aber auch hilfsweise in anderer Weise beschäftigt wurden. Hier waren 5319 unserer Mitglieder an Lohnkämpfen aktiv beteiligt.

Die Ausgabe unserer Haupt- und Zilliallisten für all diese Bewegungen betragen im letzten Jahre die respectable Summe von 920 124 M.

Daran ermesse man das Widerfönnige an dem Gerede, daß unser Verband keine Kampforganisation sei oder doch Konflikte um jeden Preis zu vermeiden suche. — Nur von vornherein nutzlos erscheinende Bewegungen, wilde Streiks oder sinnlose Putzsch, die nicht nach gewerkschaftlichen Regeln planmäßig eingeleitet werden, lehnen wir im wohlverstandenen Interesse unserer Kollegenschaft ab.

So haben sich auch im letzten Jahre wieder unsere Kampfaktivität und unsere organisatorischen Einrichtungen als zweckmäßig und einzig richtig erwiesen und uns sehr nennenswerte Erfolge in dieser schweren Zeit gesichert.

Wieder stehen wir vor neuen Lohnverhandlungen. Deren Erfolg wird abhängen von dem Verständnis für die herrschenden Wirtschaftsverhältnisse und dem festen Willen der Kollegenschaft. Wie die schlimmen Kriegsjahre, so werden wir auch, gestützt auf unsere Organisation, die kommenden schweren Zeiten überwinden.

Darum hinweg mit allem Pessimismus und allem Bruderzwist! Mit frischem Mut heran zu unermüdlicher Tätigkeit für die Stärkung und den unausgesetzten Ausbau unseres Verbandes!

Neue Lohnverhandlungen für das Malergewerbe in Aussicht.

Das letzte Sohnabkommen vom 28. Dezember vorigen Jahres sah vor, daß die darin festgesetzten Löhne nach vorhergehender vierwöchiger Kündigung einer Nachprüfung unterzogen werden können und daß die Verhandlungen darüber innerhalb dieser Kündigungsfrist beendet sein müssen. Da die Entwicklung der Verhältnisse noch keine Hoffnung auf Besserung der Lage unserer Kollegenchaft zuläßt, und der andauernd herrschende Notstand dagegen nach einer weiteren Erhöhung der Löhne dieser bisher immer benachteiligten Berufs-schicht drängt, beantragte unser Verbandsvorstand am 21. März beim Reichsbund für das Malergewerbe und beim Bund deutscher Dekorationsmaler zugleich mit im Namen der übrigen Gehilfenverbände erneute zentrale Verhandlungen. Hierzu erklärte er unter anderem begründend:

Die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Monaten läßt leider immer noch keine Besserung der sozialen Lage der Arbeiterschaft unseres Gewerbes erhoffen. Preisrückgängen bei einigen Lebensmitteln stehen erhöhte Ausgaben für andere Gegenstände des Lebensunterhalts gegenüber und die lange Dauer des herrschenden Notstandes verschärft dessen Auswirkung andauernd mehr und mehr. Da die Einkommen der Malergehilfen während der langen Zeit der Teuerung durch die ungünstigen Beschäftigungsverhältnisse unseres Gewerbes unter dem unbedingt notwendigen Existenzminimum und hinter den Löhnen anderer verwandter Gewerbe zurückgeblieben, verlangen unsere Kollegen jetzt, wo die Lohnentwicklung allgemein in ein etwas langsames Tempo gekommen ist, daß ihre Löhne nun endlich den Löhnen anderer gleichartiger Berufsarbeiter angepaßt werden und ihnen für das seit Jahren ausgegangene Manko ein Ausgleich gewährt wird; andernfalls würden sie auf lange Zeit hinaus nicht in der Lage sein, wieder die notwendigen Anschaffungen zu machen und sich arbeits- und lebensfähig zu erhalten. — Deshalb laufen bei uns schon seit Wochen aus vielen Orten Anträge ein, die eine Regulierung und Aufbesserung der bestehenden Löhne fordern. Nach Prüfung der hierbei vorgebrachten Gründe müssen wir die Berechtigung dieser Forderungen anerkennen, ebenso aber auch die Möglichkeit, daß die in Frage stehenden Lohnaufbesserungen ohne Nachteil für unser Gewerbe sehr wohl gezahlt werden können, abgesehen davon, daß mit einer materiell nicht zufriedengestellten und darum körperlich minderleistungsfähigen Arbeiterschaft kein Gewerbe erfolgreich zu arbeiten vermag.

Nach hierauf stattgefundenen Auseinandersetzungen sollen die Verhandlungen etwa am 12. oder 18. April im Reichsarbeitsministerium stattfinden. Gefordert hierzu ist von uns eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 10 bis 15 %, wobei es sich aber weniger um eine schematische als um eine individuelle Behandlung der einzelnen Lohngebiete handeln soll, die die für die einzelnen Gebiete besonders in Betracht kommenden Momente, wie Lebenshaltungskosten, die Löhne anderer gleichgearteter Arbeitergruppen usw., berücksichtigt.

Der Internationale Gewerkschaftsbund an die Arbeiter der ganzen Welt.

Zum 1. Mai.

Der Internationale Gewerkschaftsbund erläßt anlässlich des 1. Mai eine Proklamation an die Arbeiter der ganzen Welt.

Darin wird unter anderem gesagt, in diesem Jahre müßten die Arbeiterkämpfe den 1. Mai großartig machen. Die Reaktion werde in allen Ländern immer kühner. Die Bourgeoisie widersehe sich mit steigender Energie den Forderungen der Arbeiter.

Die Arbeiterorganisationen seien von Seiten der Regierungen stetigen Reibungen ausgesetzt. Die Bemühungen der Vertreter des Großkapitals, die Regierungen unter ihre Vormundschaft zu bringen, werden jeden Tag stärker.

Man müsse an die Greuelthaten erinnern, die gegen die Kameraden in Irland, in Spanien und in den Vereinigten Staaten von Amerika begangen worden seien. Man müsse sich ferner erinnern an den Widerstand, den in allen Ländern die Verbesserung der sozialen Gesetzgebung, namentlich aber die Begrenzung der Arbeitszeit, erfahren.

Schließlich müsse der absolute Mangel an gutem Willen betont werden, den die Leitungen des Völkerbundes zeigten, um die wirtschaftliche Wiederherholung Europas herbeizuführen dadurch, daß sie sich weigern, das Beschäftigungsproblem zu lösen und die Verteilung der Rohmaterialien für die Industrie zu organisieren. Durch diese Nachlässigkeit der Regierungen und der Kapitalisten wird sich die Arbeitslosigkeit überall verschärfen und der schlechte Ernährungszustand in den Arbeiterfamilien bereichern.

Anstatt rasch und energisch die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen durch die Länder, deren Wechselskurs entwertet ist, und durch die Begünstigung der rationalen Verteilung von Rohmaterialien, machen die Leiter des Völkerbundes sich beispielsweise verantwortlich für die Arbeitslosigkeit der Bergarbeiter in England, Frankreich, Belgien und Holland, während gleichzeitig die deutschen Bergarbeiter gezwungen waren, Überstunden zu leisten. Ferner müsse an die Anstrengungen der Bourgeoisie aller Länder erinnert werden, die Sozialisierung der Produktionsmittel zu verhindern.

Recht dem, was müßten sich die Arbeiter aller Länder zusammenschließen. Der 1. Mai müsse der Ausgangspunkt einer energischen Handlung sein zugunsten der von den organisierten Arbeitern auf dem letzten Kongress in London am 1. November gestellten Forderungen, nämlich der Sozialisierung des Bodens und der Produktionsmittel und des Austrittens der Ab-

machungen von Washington sowie des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit durch die Regelung der Verteilung der Rohmaterialien.

Der Propaganda für diese Forderungen müsse der 1. Mai gewidmet sein.

Die Kundgebung schließt die Organisationen sollten dafür sorgen, daß am 1. Mai die im Internationalen Gewerkschaftsbund organisierten 10 Millionen Arbeiter sich erheben zur Eroberung einer menschenwürdigen Existenz. Es lebe der internationale Kampf der Arbeiter!

Das deutsche Bauprogramm 1921-1924.

Ein Vorschlag zur Beseitigung des Wohnungsnot und Beseitigung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe.

Unter diesem Titel ist im Industrie-Verantwortlichenverlag des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, Berlin NW 52, Verstr. 7, eine Schrift erschienen, die Anspruch auf weitgehende Beachtung erheben darf. Der Verfasser, Architekt Heinrich Nau mann, Mitglied der Sozialisierungskommission, entwickelt, unterstützt durch tätige Mitarbeit des in der Großbetriebspraxis stehenden Ingenieurs Karl Fiebig-Dresden, einen großzügigen Plan zur Beschaffung der heute fehlenden Wohnungen. Kaufmann berechnet, daß uns gegenwärtig infolge des Ausfalles der Bautätigkeit während der letzten 7 Jahre 840 000 Wohnungen fehlen. Da mit einem jährlichen Zuwachs von mindestens 180 000 auch in Zukunft gerechnet werden muß, sind in den nächsten 4 Jahren rund 1 1/2 Millionen neue Wohnungen zu erbauen. Während dieser vierjährigen Bauperiode sollen jährlich 870 000 Kleinwohnungen, bestehend aus 2 bis 3 Zimmern in Abmessungen, die neben der bequemen Mittelstellung auch noch genügend Bewegungsfreiheit für die Bewohner übrig lassen sowie mit Bad, Abort und entsprechendem Nebengelag ausgestattet werden. Dabei ist in Aussicht zu nehmen, daß an den fertig ausgebauten Straßen der Groß- und Mittelstädte das sechs- bis höchstens acht-Familienhaus in offener Bauweise, sonst aber im allgemeinen der Flachbau (Einfamilien- und Reihenhäuser in Gärten) zur Anwendung kommen. Der Weg, der zur Durchführung und Finanzierung dieses gewaltigen Bauvorhabens beschritten werden muß, wird in der Broschüre eingehend dargelegt und hier weiter unten erläutert. Er erscheint auch uns gangbarer als das bisherige System der Baukostenzuschüsse, durch das Reich, Länder und Gemeinden in den letzten beiden Jahren gewaltige Summen fast wirkungslos für die Allgemeinheit verschleudert haben. Wie jüngst noch im Reichstag durch den Vertreter der Reichsregierung festgestellt wurde, sind bisher insgesamt fast 2 Milliarden Mark aus öffentlichen Mitteln für „verlorene Zuschüsse“ zu den Baukosten von Mietwohnungen von Stieglingshäusern gegeben worden. Diese gewaltigen Summen gleichen aber in ihrer Wirkung gegenüber der großen Wohnungsnot dem Tropfen Wasser auf dem heißen Stein. Insgesamt konnten damit bisher in Preußen 21 000 Mietwohnungen, die nur vorübergehend zur Unterbringung von Menschen dienen dürfen, wenn nicht die Volksgesundheit schweren Schaden leiden soll, und 58 000 Dauermietwohnungen bezugsfertig werden. 40 000 Dauermietwohnungen und etwa 20 000 Behelfsmietwohnungen sind, wie die „Soziale Bauwirtschaft“, Zeitschrift des Verbandes sozialer Baubetriebe, berichtet, fertiggestellt; der Rest dürfte bis Ende April vollendet sein. Diesem beschämenden Ergebnis steht die harte Tatsache gegenüber, daß nach den Feststellungen des preussischen Wohlfahrtsministers heute immer noch über 1 Million Familien ohne geeignetes Obdach sind.

Im Ruhrrevier, wo es vor allem darauf ankommt, Wohnungen für Bergleute zu schaffen, um dort die Belegschaften der Zechen so zu vermehren, daß die gewaltig erhöhten Anforderungen an die Kohlenförderung erfüllt werden können, hat das System der Baukostenzuschüsse ebenfalls Schiffbruch erlitten. Man lese nur das Gutachten des bergbautechnischen Ausschusses über die Wohnungsfrage im Ruhrkohlengebiet, das zu der betrübenden Feststellung kommt, daß die Ausschichten, mit den heutigen Mitteln den Wohnungsbau zu beschleunigen und dadurch die Steigerung der Kohlenförderung zu erleichtern, ganz nutzlos sind. Bekanntlich wurde der Kohlenpreis im Vorjahre um 6 % pro Tonne erhöht, die ausschließlich für den Wohnungsbau in den Bergbaubetrieben verwendet werden sollten. Das genannte Gutachten sagt darüber: „Bei einer durchschnittlichen Monatsförderung von etwa 7 Millionen Tonnen im Ruhrrevier hätte man nach Abzug des Selbstverbrauches der Zechen mit einer Erbauung von etwa 13 000 Wohnungen rechnen dürfen.“ Statt dessen konnten überhaupt nur für 5800 Wohnungen Mittel bewilligt werden. Davon sind nach den Mitteilungen des Ministerialrats Dr. Glab im Wohnungsausschuß des Reichstages 1180 fertiggestellt, 3808 im Bau und 550 noch gar nicht begonnen. Daneben wurden aus Mitteln der Werke selbst noch 3765 Wohnungen gebaut, die teilweise bereits bezogen sind beziehungsweise bis 1. April bezugsfertig werden. Alles in allem konnten aus dem Kohlenfonds bisher im ganzen Reich nur 11 797 Bergmannswohnungen errichtet werden. Dieses magere Ergebnis bedeutet den Bankrott des bisherigen Bauverfahrens, hervorgerufen durch die geradezu wahnwitzige Steigerung der Baukosten. Man rechnete 1920 noch im Ruhrgebiet mit etwa 30 000 bis 36 000 A Baukosten für ein 70 qm Grundfläche bedeckendes Einfamilienhaus. Die Baustoffsteigerungen und Spekulationen in der Bauindustrie sowie die nicht weniger profitlustigen privaten Unternehmern des Baugewerbes haben diese Berechnungen indessen völlig umzuwerfen verstanden. Heute ist eine Wohnung der genannten Größe im westlichen Industriegebiet nicht mehr unter 100 000 A zu errichten.

Diese Entwicklung der Baustoffpreise treibt zum Zusammenbruch. „Sie hat“, so sagt das vorerwähnte Gutachten des bergtechnischen Ausschusses, die Siedlungs-tätigkeit im Ruhrgebiet in einer so nachteiligen Weise unterbunden, daß sie zu einer Gefahr für die Entwicklung der Kohlenwirtschaft wird, die von der Unterbringung einer ausreichenden Arbeiterzahl abhängig ist. Sie hat ferner ganz unbekanntbar die Bautätigkeit der Zechen aus ihren eigenen Mitteln in unheilvoller Weise beeinflusst. Man kann daher ohne weiteres mit einem Ausfall von mindestens 15 000 Wohnungen rechnen, die ohne

diese nachteilige Entwicklung der Baustoffpreise aus öffentlichen und privaten Mitteln im Jahre 1920 gebaut worden wären.“

Was hier über die Verhältnisse im Ruhrgebiet gesagt wird, das gilt ganz allgemein. Das System der Baukostenzuschüsse hat sich überall verfaßt. Es ist gegahnt wurden, so floßen diese Zuschüsse zum ganz erheblichen Teil in die Taschen der privilegierten Baustoffgewerbetreibenden und Schieber auf dem Baumarkt, mit dem es folgt, daß die Baustoffpreise nur noch immer mehr steigen. Auch die Bauunternehmer haben es verstanden und verstehen es noch heute, die Bauauftraggeber kräftig zu schächeln. Hierfür zum Beweise eine kleine Tabelle, deren Zahlen zum Teil einer Broschüre von A. Ellinger, zum Teil Nr. 3 der „Sozialen Bauwirtschaft“ entnommen sind.

Es forderien:

Ort	Gegenstand der Ausführung	Der öffentliche Unter-nnehmer	Die sozialen Bau-betriebe	Schätzwert weniger
Cresfeld	Strassenbauarbeiten	487 000	287 000	250 000
	Zielbauarbeiten	500 000	206 000	284 000
Horsheim	Tischlerarbeiten für städtische Stiehlhäuser	240 000	160 000	80 000
	Zimmererarbeiten	58 400	80 042	28 858
Weimar	Maurerarbeiten	115 847	65 279	50 568
	Dachdeckerarbeiten	10 598	4 780	5 818
Landberg a. d. Warthe	Erdb., Maurer- u. Zimmererarbeiten	511 524	373 945	188 579

Diese Tabelle könnte noch wesentlich verlängert werden, wenn Raumangel nicht zur Beschränkung zwänge. Es genügen aber schon die wenigen Beispiele, um zu zeigen, wozu heute die Allgemeinheit — hier handelt es sich fast immer um kommunale Arbeiten — ausgeplündert wird. Dabei hinzugefügt werden, daß die sozialen Baubetriebe, die gemeinnützigen Zusammenwirken der Hand- und Kopfarbeiter des Baugewerbes der Sozialisierung vorarbeiten, aber in kurzer Zeit in Wirklichkeit sind und im allgemeinen noch größeren Unkosten arbeiten müssen als die gewöhnlichen Bauunternehmer; mit ihren um so viel billigeren Preisen noch recht gut auskommen sind. Zum Teil haben sie damit immer noch erhebliche Ueberschüsse erzielt.

Man sieht also, daß die Senkung der Baupreise und damit die Verbilligung des Bauens sehr wohl möglich ist, wenn das Unternehmertum im Baugewerbe auf unerbittliche Uebergewinne verzichten würde. Auch in der Baustoffindustrie (Zementwerke, Ziegeleien, Sägewerke usw.) könnten die Produktionskosten auf die Hälfte und noch mehr herabgedrückt werden, wenn eine bessere Organisation der Betriebe die bis zur Grenze ihrer technischen Leistungsfähigkeit ausnützte, wie in der Broschüre durch eingehende Berechnungen nachgewiesen wird. Die Bausteine zum Beispiel, die heute 850 bis 400 A das Laufende kosten, sind demnach sehr gut für 185 bis 180 A herzustellen.

Die hochkapitalistisch arbeitenden und glänzend organisierten Baustoffherzeuger sind aber ebenso wenig, wie die privaten Bauunternehmer für eine freiwillige Herabsetzung der Baupreise zu haben. Sie wollen im Gegenteil die bestehenden Beschränkungen, wie Höchstmieterordnung, aufheben und wünschen Wohnungs- und Mieteinigungsamt zum Zerfall. Sie fordern die „freie Bautätigkeit“ und Wohnungsmieten, die das Bauen auch wieder für den Privatmann „rentierlich“ machen, also um das Dreifache bis Vierfache höhere Wohnungsmieten wie heute. Selbstverständlich ist, daß auch die Besitzer der alten Häuser nicht zurückstehen und das Recht der unbegrenzten Mietersteigerung fordern.

So kommen wir aber nicht in der Bauwirtschaft weiter. Deshalb muß an die Stelle der kapitalistischen Profitwirtschaft im Baugewerbe die zum Zusammenbruch führt, die Gemeinwirtschaft treten. Kaufmann will in seiner Broschüre den Weg weisen, der zu diesem Ziele führt, und die für das Gedeihen des deutschen Volkes verantwortlichen Stellen an die Pflicht erinnern, der bisherigen ungeunden Entwicklung Einhalt zu gebieten. Dabei spielen die Finanzierung und die Organisation der gemeinwirtschaftlichen Bautätigkeit die größte Rolle.

Die Gesamtkosten des vierjährigen Bauprogramms werden in einem besonderen Kapitel auf 118 Milliarden Mark berechnet. Diese Summe kann unser ausgebeutetes Volk weder durch Reichsteuern noch sonstwie aufbringen, weshalb vorgeschlagen wird, auch die Finanzierung der Neubauten auf eine völlig andere Grundlage als bisher zu stellen. Nur die Arbeitsleistung soll bei der Errichtung der neuen Wohnungen bezahlt werden, nicht aber das Material und die Rohstoffe. Arbeiterlöhne und Gehälter betragen heute gegenüber den gesteigerten Baustoffpreisen nur noch ein Bruchteil der gesamten Baukosten. Diese Summe sowie die Beträge für Entschädigung der enteigneten Unternehmer, insgesamt etwa 45 Milliarden Mark, soll durch eine Reichsbauanleihe beschafft werden, die aus 2 Teilen besteht: Eine Vargelanleihe, die von einer gewissen Kapitalgrenze an ab Zwangsanleihe zu gelten hat und entsprechend der finanziellen Tragfähigkeit des einzelnen zu staffeln ist. Die Gelder der Reichsanleihe sollen also zugunsten des Wohnungsbauwerkes mobil gemacht und das erarbeitete Vermögen der Wucherer und Schieber nützlich in den Dienst des Aufbaues gestellt werden. Das ist keine unsoziale brüdende Steuer, wie etwa die in

* „Die Sozialisierung des Baugewerbes“, herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Hamburg, Wallstr. 1, für Gewerkschaftsmitglieder Preis 1.50 M.

** „Soziale Bauwirtschaft“, Zeitschrift des Verbandes sozialer Baubetriebe, Berlin, Linstr. 20.

genommene Mietssteuer, sondern eine erzwungene Kapitalanlage. Bei der Sicherheit der Anleihe, die ja auch die entstehenden Neubauten gedeckt und in der Broschüre in einzelnen nachgewiesen wird, darf auch in Anbetracht des einschlägigen Zweckes auf die starke Beileidigung der vom Bund freigebliebenen Volkskräfte an der Beileidigung gespart werden. Gegen die Einkreisung dieser Steuer ist die schärfste Strafe vorgeschrieben. Der zweite Teil ist als "Naturalanleihe" zu betrachten, die in der zwangsweisen Übernahme von Baugrund, Materialien, Geräten, Transportmitteln, Betrieben, wie Ziegeleien, Zementfabriken, Sägewerken usw., in dem für das Bauprogramm notwendigen Umfang und für die zur Ausführung desselben erforderlichen Mittel besteht, wofür als Gegenleistung Anleihecheine mit anteilnehmer Vergütung herausgegeben werden.

Die Leitung und Durchführung des Bauprogrammes soll in den Händen eines zu bildenden Verwaltungskörpers liegen, den Kaufmann die "Reichsbauwirtschaft" nennt. Diese muß als Körperschaft des öffentlichen Rechts ermächtigt werden, die erforderlichen Grundstücke, Betriebe, Materialien, Geräte usw. auf dem Wege der Naturalanleihe bis zur Vervollendung des Bauprogramms zu beschlagnahmen und als Treuhänder zweckmäßig zu verwenden. Als ausführendes Organ der Reichsbauwirtschaft wird eine "Reichsbauleitung" vorgeschlagen, die in eine Stabs-, Baustoff- und Bauabteilung gliedert und in einem "Reichsbaurat", der aus Vertretern der Bauarbeitgeber- und der Arbeitnehmerorganisationen sowie der Bauverbände, Bauingenieuren und Mieterverbände zusammenzusetzen ist, überwacht wird. Dieser Reichsbaurat soll die Aufgabe haben, die Reichsbauleitung zu beraten, deren Tätigkeit zu kontrollieren und die großen Richtlinien auszusprechen, nach welchen das endgültige Bauprogramm aufzustellen und auszuführen ist sowie die fertiggestellten Häuser zu verwalten sind. Das ganze Reichsgebiet soll in etwa 65 Baubezirke eingeteilt werden. Dabei soll Grundriss, Lage, Umfang und die Abrechnung nach den vom Reichsbaurat ausgehenden Richtlinien weitgehend selbstständig regeln. Die Bezirksbauleitung soll wie die Reichsbauleitung gebildet sein und ebenfalls durch einen Beirat aus Vertretern an der Bauwirtschaft beteiligten Organisationen überwacht werden. Der Bezirksbauleitung sind die kommunalen und örtlichen Bauleitungen unterstellt. Die einzelnen Bauarbeiter arbeiten direkt mit der Bezirksbauleitung, soweit es sich in kleine Orte handelt, sonst mit den kommunalen Bauleitungen. Wie eine schematische Darstellung des Bauprogramms auf dem Reichsbauwirtschaftsamt, läßt sie sich ohne komplizierten und schwerfälligen Beamtenapparat aufstellen. Die tüchtigsten und energiegeladesten Mitarbeiter aus den Erzeugungs- und Baubetrieben, die unbedingt ehrlich auf dem Boden der Gemeinnützigkeit stehen müssen, sollen die Ausführung und Leitung des Bauprogramms übernehmen.

Zur Ausführung der Bauarbeiten sind die im Verband sozialer Baubetriebe zusammengefaßten bestehenden beziehungsweise noch zu gründenden Bauhütten, Baubetriebsvereine, Bauvereine und sonstigen sozialen Baubetriebe in weitem Umfang heranzuziehen. Privatunternehmer können im Wettbewerb mit diesen Betrieben nur insoweit zugelassen werden, als sie sich verpflichten, auf jeden Unternehmergewinn, der über die Entschädigung der eigenen Arbeitsleistung hinausgeht, zu verzichten. Auf diesem Wege wird die Allgemeinheit, also das Reich, Geldgeber, Arbeitgeber und Eigentümer der neuen Häuser. Wenn das von Kaufmann vorgeschlagene Bauprogramm verwirklicht würde, könnten, wie im Abschnitt "Baubetrieb" im einzelnen behandelt ist, während der guten Baumonate von Anfang März bis Ende Oktober durchschnittlich 250 000 bis 385 000 Bauarbeiter, mindestens 18 000 Poliere, 5000 bis 6000 Bauarbeiter und etwa ebensoviel sonstige Techniker Arbeit und Verdienst finden.

Der hier erörterte Vorschlag läßt sich zusammenfassend als die Teilsozialisierung eines Wirtschaftszweiges auf Zeit charakterisieren. Wer die heutigen politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse richtig einschätzt, muß zugeben, daß die gegenwärtig von der Sozialisierungskommission geprüfte allgemeine und dauernde Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens sich noch nicht so rasch verwirklichen lassen wird, als der hier gemachte Vorschlag. Dieser bedeutet allerdings eine sozialistische Bauwirtschaft, die der späteren Vollsozialisierung zielbewußt vorarbeitet. Dagegen wird sich zweifellos der schärfste Widerstand des Unternehmertums und seiner Vorführer erheben. Das darf aber nicht hindern, daß dieser Vorschlag ernstlich geprüft und möglichst bald verwirklicht wird. Mit kleinen Mitteln, wozu auch das kürzlich im Reichstag beschlossene Budget zur Belebung des Baumarktes und die Bereitstellung von 1 1/2 Milliarden Mark für die neuen Baukostenzuschüsse gehören, ist die große Wohnungsnot nicht zu beheben und die ungeheure Arbeitslosigkeit nicht zu beseitigen. Hier muß grundsätzliche Arbeit, die sich durch Rücksichten auf privatkapitalistische Interessen nicht vom großen Ziel ablenken läßt, geleistet werden. Wenn die Baugewerbe und die Baustoffindustrie aufnahmefähig für Arbeitskräfte gemacht wird, werden auch die anderen Industrien belebt werden; denn die erhöhte Erwerbstätigkeit im Bauwesen hebt die Konsumkraft vieler Volksschichten. Es darf, so schreibt Kaufmann mit Recht, lässlich behauptet werden, daß dann Arbeitslosigkeit überhaupt nicht mehr, oder nur in ganz geringem Umfang bestehen wird. An Stelle dumpfer Paraphrasen der Arbeitslosen wird Hoffnungsfreude treten und zur Steigerung der Arbeitslust und Arbeitsfreude führen. Das ist die beste produktive Erwerbslosenfürsorge, die dauernde Werte schafft und zugleich ein dringendes Volksbedürfnis befriedigt.

Die Gewerkschaften der baugewerblichen Hand- und Arbeiter sowie die sozialen Baubetriebe, die Mietervereine und landwirtschaftlichen Siedler müssen sich vereinen und geschlossen ihre politische und wirtschaftliche Macht zur Durchführung dieses oder eines ähnlichen Bauprogramms in die Waagschale werfen; denn nur die Gemeinwirtschaft im Baugewerbe ist imstande, die Not der Arbeitslosen und das Elend der Wohnungslosen zu beseitigen.

Die neuen Postgebühren.

Vom 1. April an sind neue Gebührensätze im Postverkehr in Kraft getreten. Danach beträgt für Ortsbriefe die Gebühr 40 A, auch besteht jetzt wieder die Zwischenstufe für Briefe von 20 bis 100 g; neu ist ferner die "Drucksachenkarte", Karten ohne die Angabe "Postkarte" bis zur Größe der amtlichen Postkarte, die nur gedruckt oder auf mechanischem Wege vervielfältigten Text oder solche Abbildungen enthalten darf; die Gebühr für Nichtstarken beträgt, wenn sie höchstens 5 Worte füllt, 15 A. Im übrigen gelten folgende Sätze:

Postarten: Ortsverkehr	80 A
Fernverkehr	40 "
Briefe: Ortsverkehr bis 20 g	40 "
über 20 bis 250 g	60 "
Fernverkehr bis 20 g	60 "
über 20 bis 100 g	80 "
100 " 250 g	120 "
Drucksachenkarte	10 "
Drucksachen (Frankierungszwang) bis 50 g	15 "
über 50 bis 100 g	30 "
" 100 " 250 g	60 "
" 250 " 500 g	80 "
" 500 " 1000 g	100 "
Geschäftspapiere bis 250 g	60 "
über 250 bis 500 g	80 "
500 " 1000 g	100 "
Warenproben bis 250 g	60 "
über 250 bis 500 g	80 "
Mischsendungen, wie Geschäftspapiere, Päckchen (Frankierungszwang), bis 1 kg	1,- M.
Einschreibgebühr	1,- "
Gilbestellung für Briefe nach Postorten ..	1,50 "
Gilbestellung für Pakete nach Postorten ..	2,50 "
Gilbestellung nach Orten ohne Postanstalt ..	2,50 respektive 5,- "
Postanweisungen bis 50 M.	—,50 "
über 50 bis 250 M.	1,- "
" 250 " 500 "	1,50 "
" 500 " 1000 "	2,- "
" 1000 " 1500 "	3,- "
" 1500 " 2000 "	4,- "
Bahkkarten bis 50 M.	—,25 "
über 50 bis 500 M.	—,50 "
" 500 " 1000 "	1,- "
" 1000 " 2000 "	1,50 "
über 2000 "	2,- "
Pakete bis 5 kg	8 M.
über 5 bis 10 kg	4 M.
" 10 " 15 "	12 "
" 15 " 20 "	18 "
Dringend: dreifache Gebühr.	
Postaufträge außer der Gebühr für einen Einschreibebrief für jede Vorsetzung	—,50 M.
Für Wertsendungen außer der gewöhnlichen Gebühr die Einschreibgebühr und die Versicherungsgeld bei Briefen für jede angefangenen 1000 M. Wertangabe	1,- "
bei Paketen bis 500 M.	1,- "
über 500 bis 1000 M.	2,- "
für jede weiteren 1000 M.	2,- "
Telegramme für jedes Wort 80 A, mindestens 8,-	
Dringend: dreifache Gebühr.	

Aus unserm Beruf.

Hannover. Am Sonntag, 18. März, tagte im Volkshaus eine Zahlstellenkonferenz. Anwesend waren Zahlstellenleiter, Filialvorstand, Sektionsvorstand der Löhner sowie Bezirksleiter Kollege Buch, Hamburg. Es fehlten die Zahlstellenleiter aus Alfeld und Sayfeld. Der Geschäftsführer Kollege Bencke machte die Kollegen mit dem inneren Ausbau und dem Verwaltungsapparat unseres Verbandes vertraut. Der Aufbau der Organisation sei durch das Statut festgelegt. Er vergleicht sie mit einer Maschine. Wenn diese gut funktionieren soll, müsse ein Rad ins andere fassen. Vor allen Dingen sei pünktliche Kassierung erforderlich; alle Monate müßten die Monatsabrechnungen eingesandt werden, sowie alle 14 Tage das vereinbarte Geld. Die Vierteljahrsabrechnung sei am 15. vor Quartalschluß einzusenden. Für jede Ausgabe in der Zahlstelle müsse eine Quittung beiliegen. Frankmeldungen müßten innerhalb 5 Tagen an die Filialleitung erfolgen, der Markenempfang müsse sofort bestätigt werden und Fragebogen seien pünktlich einzusenden. Ueber drohende Streiks und Lohnbewegungen sei stets vorher Bericht zu erstatten, so daß eventuell ein Vorstandsmitglied an der Versammlung, in der hierzu Stellung genommen werden soll, teilnehmen könne. Die gesamte Korrespondenz sei sorgfältig in der hierzu gelieferten Mappe aufzubewahren. In allen Zweifelsfällen müsse das Statut zur Hand genommen werden, durch das jede Unklarheit behoben werde. Weiter erläuterte Kollege Bencke an Hand von Formulare die Ausführung der Monats- und Vierteljahrsabrechnungen sowie die Arbeitslosen-, Kranken- und Reiseunterstützungsformulare. Wenn alles in diesem Sinne pünktlich und gewissenhaft geschehe, nur dann könne erprießliche Arbeit zum Wohle des Verbandes geleistet werden. Nach kurzer Debatte ernannte der Vorsitzende, Kollege Schrader, die Kollegen zu treuer Mitarbeit und Pflichterfüllung. Kollege Buch referierte darauf in eingehender Weise über das Wirken und die Erfolge unseres Verbandes. Zum Schluß ging er dann auf die vom Hauptvorstand und Beirat beschlossenen Beitrags- und Unterstützungssätze ein. Die Unterstützungssätze seien um 66% bis 80% erhöht. Er ersuchte die Anwesenden, auf die Kollegen in den Zahlstellen einzuwirken, von welchen Gedanken der Selbsthilfe die neue Reform getragen sei. Die Konferenz erkannte die Notwendigkeit der Neuordnung der Beitrags- und Unterstützungssätze an und beschloß einstimmig die Durchführung des Einheitsbeitrages in Filiale und Zahlstellen.

Kiel. (Jahresbericht.) So unwirtschaftlich wie das Jahr 1920 begonnen, hat es auch geendet. Die Arbeitslosigkeit war mit Ausnahme einiger Wochen im Hochwinter

immer eine große, dennoch war es uns möglich, auf dem Verhandlungswege unsere Lohnverhältnisse, wenn auch nicht befriedigend, so doch nennenswert zu verbessern. Bis auf Heide, wo die Arbeit, aber immer die größten Schwierigkeiten machten und sich an die zentralen Verhandlungsergebnisse nicht als gebunden erachteten, sind die Lohnabkommen der zentralen Verhandlungen überall glatt durchgeführt. In Ederndorfe glaubten die Arbeitervererber allerdings, sich um das Lohnabkommen vom 15. Mai herumdrücken zu können, sind dann aber nach unserm Eingreifen, wenn auch erst 2 Wochen später, ihren Verpflichtungen nachgekommen. Während wir in der Lage waren, in einigen Orten noch durch örtliche Verhandlungen eine Lohnaufbesserung durchzuführen, blieb es unsern Kollegen in Heide nicht erspart, einen zehntägigen Streik zu führen, der seinen Abschluß damit fand, daß sofort ein Stundenlohn von 3,80 M gezahlt wurde. Einen Streik hatten auch unsere Kollegen auf den Holzabstammern zu führen. Es handelte sich hier um die Erfüllung der Forderung besserer Unfallversicherung der Arbeiter, und zwar von 10 auf 30%. Die Forderung wurde, obgleich sie in einigen Branchen bereits erfüllt war, den übrigen Arbeiterkategorien der Werk von der Direktion abgelehnt, was dann zum allgemeinen Streik führte, woran 70 unserer Mitglieder beteiligt waren. Leider mußte dieser Streik nach siebenwöchiger Dauer ohne Erfolg abgebrochen werden. Die Generalstreiktagung während des Hauptwintres, an dem mit wenigen Ausnahmen alle Kollegen beteiligt waren, sind beglückwünscht worden. In Kiel haben wir bereits im Jahre 1919 mit der Innung die Vereinbarung getroffen, daß unsere Löhne automatisch mit denen der Bauhandwerker steigen sollten. Durch diese Vereinbarung haben wir bis zum Mai 1920 immer einen Vorsprung gegenüber den zentralen Verhandlungsergebnissen im Malergewerbe gehabt, blieben aber dann im Hintertreffen. Dieses Abkommen ist unerfesselt wieder aufgehoben. In Friedrichsort waren unsere Kollegen in der glücklichen Lage, eigene Lohnbewegungen nicht führen zu brauchen, denn mit einer Lohnsteigerung in Kiel folgte die gleiche Lohnsteigerung in Friedrichsort. Die Lohnsteigerungen im Jahre 1920 betragen für: Kiel pro Stunde 2,92 M, von 3,08 M auf 3 M; auf den Werften pro Stunde 2,80 M, von 2,70 M auf 3 M, dazu ein durchschnittlicher Alfordsherdienst von 45%; in Friedrichsort pro Stunde 2,62 M, von 3,08 M auf 3 M; in Ederndorfe pro Stunde 2,60 M, von 2,20 M auf 4,80 M; in Preetz pro Stunde 2,50 M, von 2,20 M auf 4,70 M; in Sleson pro Stunde 2,70 M, von 2 M auf 4,70 M; in Segeberg pro Stunde 2,80 M, von 2,20 M auf 5 M; in Heide pro Stunde 2,50 M, von 2 M auf 4,50 M; in Eutin-Malente pro Stunde 2,60 M, von 2,10 M auf 4,70 M. Durch alle diese Lohnsteigerungen und nicht zu unterschätzende Erfolge ist trotzdem das notwendige Existenzminimum nicht erreicht worden; der Kampf zur Erringung besserer Lohn- und Lebensbedingungen muß unentwegt fortgeführt werden. Unsere Mitgliederzahl hat zwar die Forderung über 1000 überschritten, ging aber im Berichtsjahre von 810 auf 782 Mitglieder zurück. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß 78 Mitglieder an die Filiale Mendenburg (Mendenburg war bis zum Oktober Zahlstelle von Kiel) abgegeben wurden. Es ist also in Wirklichkeit kein Mitgliederverlust eingetreten, sondern es kann noch ein Plus von 25 Mitgliedern gebucht werden. Die Agitation konnte infolge der großen Arbeitslosigkeit nicht so entfaltet werden, wie sie nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig gewesen wäre. Ebenfalls die fortgesetzten Lohnbewegungen ließen es nicht zu, die nötige Zeit für eine umfangreiche Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder aufzuwenden. Zu unserer Freude aber können wir feststellen, daß die Zahl der Unorganisierten unbedeutend ist. Während in einigen Zahlstellen in der Agitation Vorzügliches geleistet wurde, kann dieses Präzident allen Zahlstellen nicht erteilt werden. Aufnahmen konnten nur 144 gemacht werden, hiervon 16 Lehrlinge. Die Lehrlingsabteilung konnte auf alle Fälle besser ausgebaut werden, wenn hier von den Kollegen in den Werkstätten ein besseres Augenmerk hierauf gerichtet würde. Die Lehrlinge, unsere späteren Mitkämpfer, rechtzeitig mit dem Organisationsgedanken vertraut zu machen, sollte jedes Kollegen Aufgabe sein. Die Beitragszahlung muß als gut bezeichnet werden, entfallen doch influssive Abgabe von 651 beitragsfreien Marken 51,37 Beiträge auf das Mitglied. Hiermit ist bewiesen, daß der Beitragsrückstand kein nennenswertes ist. Daß dieses Ergebnis gezeitigt werden konnte, ist jedenfalls ein Beweis dafür, daß diese Kollegen den Wert der Organisation erkannt haben, aber auch, daß die Hauskassierer ihre gewiß nicht leichte Arbeit gewissenhaft ausgeführt haben. Die Tätigkeit der Filialverwaltung war eine recht umfangreiche durch die vielen Verhandlungen, Versammlungen, Sitzungen, Besprechungen usw. am Orte selbst und in den Zahlstellen. Ebenfalls umfangreich war auch der schriftliche Verkehr. Mitgliederveranstaltungen am Orte selbst haben 13 stattgefunden, die allerdings besser hätten besucht werden müssen, zumal sie immer von der größten Bedeutung waren. Das in kurzen Zügen Angeführte kann wohl als befriedigender Beweis in bezug auf die Tätigkeit und Entwicklung unserer Organisation hingenommen werden, sollte aber jedem Kollegen Veranlassung geben, an der von neuem zu entfaltenden Agitation regen Anteil zu nehmen. Denn nur dadurch, daß jeder Kollege sich in den Dienst seiner Organisation stellt, werden wir unserm gesteckten Ziele nicht nur näher kommen, sondern es auch erreichen.

Eingesandt.

Zur Sozialisierung des Berufes der Baumaaler. Schon vieles ist über die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und ihre Ursachen geschrieben worden, ohne daß es möglich gewesen wäre, wirklich praktische Vorschläge zu einer durchgreifenden Abhilfe zu machen. Die Arbeitslosigkeit ist ja auch nicht in allen in Betracht kommenden Berufs-kategorien gleich groß. Unzweifelhaft hat der Beruf der Baumaaler am schwersten unter Arbeitsmangel zu leiden; Maurer, Zimmerer, Weispiker haben mehr Erwerbsmöglichkeiten als wir. Der Ursachen des schlechten Geschäftsganges in unserm Gewerbe sind sehr viele. So ist zunächst die Dekorationsmalerei — nicht ohne Schuld der Architekten — schon seit Jahren so gut wie lahmgelegt; dann läßt auch die Privatindustrie nur noch in den allerdürftigsten

